

Transformation einer Volkswirtschaft

**Neue Forschungen zur Geschichte
der Treuhandanstalt**

Herausgegeben von
Dierk Hoffmann



METROPOL

Eine Publikation des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin



Weitere Informationen finden Sie unter www.ifz-muenchen.de

Der Band wird im Open Access unter der Creative-Commons-Lizenz CC-BY-NC-ND 3.0 DE auf dem Dokumentenserver „Zeitgeschichte Open“ des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin bereitgestellt (www.ifz-muenchen.de/bibliothek/zeitgeschichte-open).

Die Veröffentlichung wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds für Monografien der Leibniz-Gemeinschaft gefördert.

Umschlagabbildung:

Am 1. 1. 1992 demonstrieren in Berlin vor dem Treuhand-Gebäude in der Leipziger Straße (heute Bundesfinanzministerium)

Arbeiter aus dem Stahlwerk Hennigsdorf

© picture alliance/ZB/Paul Glaser

ISBN: 978-3-86331-535-1

© 2020 Metropol Verlag
Ansbacher Straße 70 | D-10777 Berlin
www.metropol-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten
Druck: buchdruckerei.de, Berlin

Inhalt

DIERK HOFFMANN

Einleitung	7
-------------------------	----------

ANDREAS MALYCHA

Politische Kontrolle? Die Bundesregierung und die Treuhandanstalt	27
---	-----------

MARCUS BÖICK

Berater in „blühenden Landschaften“ Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater bei der Treuhandanstalt	41
--	-----------

JANN MÜLLER

Partner der Treuhandanstalt? Die Interessenverbände der Wirtschaft und die Transformation in Ostdeutschland	56
--	-----------

KATJA FUDER

Schnelle Privatisierung für schnelle Erlöse Wie die Transformation der DDR-Wirtschaft finanziert werden sollte	70
---	-----------

MAX TRECKER

Die Wiedervereinigung als „Stunde Null“ des ostdeutschen Mittelstands? Über verpasste Chancen	84
---	-----------

EVA SCHÄFFLER

Ein Privatisierungsmarathon à la Treuhand Die Übernahme der Umformtechnik Erfurt durch Škoda Plzeň	96
---	-----------

RAINER KARLSCH

Einheitsgewinner

Die Privatisierung der ostdeutschen Pharmaindustrie 112

ANDRÉ STEINER

**Ost-West-Doppelunternehmen
und die Treuhandanstalt**

Der Fall Carl Zeiss Jena 130

WOLF-RÜDIGER KNOLL

Zwischen Abbruch und Aufbruch

Die Treuhandanstalt und der Verkauf der Stahlwerke
Hennigsdorf und Brandenburg im Kontext
der europäischen Stahlkrise 143

GERHARD HEIMPOLD

**Was wurde aus den industriellen Kernen
der ehemaligen DDR?**

Einige Fallbeispiele 161

JESSICA ELSNER

Enttäuschte Hoffnung

Soziale Ungleichheit im Automobilwerk Eisenach
in der Transformationszeit (1989–91) 174

DIERK HOFFMANN

Der selbst ernannte Musterschüler

Massenarbeitslosigkeit und Kommunikationsstrategie
der sächsischen Landesregierung 188

Abkürzungen 201

Autorinnen und Autoren 203

Einleitung

Mitte Februar 1991 hielt Alexander Koch, Personalvorstand der Treuhandanstalt, einen Vortrag an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen-Nürnberg. Der frühere Arbeitsdirektor bei Grundig in Fürth, seit Herbst 1990 Mitglied im Vorstand der Treuhandanstalt, nahm kein Blatt vor den Mund: Die Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft sei „zwangsläufig sehr hart“. Er verteidigte das bereits beschlossene Aus für die DDR-Renommierbetriebe Pentacon und Interflug. Es sei wohl „unabwendbar, dass die Treuhandanstalt wegen ihrer Entscheidungen für die nächsten Jahre zum Prügelknaben der Nation wird“.¹ Bereits zu diesem Zeitpunkt entsprach die kritische Selbstwahrnehmung des Treuhandmanagers weitgehend der Fremdwahrnehmung durch viele Ostdeutsche, deren Arbeitsplätze im Zuge der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft akut bedroht waren. Wurde die Treuhandanstalt in der friedlichen Revolution 1989 noch als Hoffnungsträger gesehen, so schlug die Stimmung gegenüber der Privatisierungsbehörde ein Jahr später ins Gegenteil um: Die Treuhand mache die Betriebe platt, lautete ein rasch und oft erhobener Vorwurf.² Sie orientiere sich nur an der kurzfristigen Rentabilität; Unternehmen würden „mutwillig zerstört“.³ Angesichts der einsetzenden Welle von Betriebsschließungen und damit einhergehender Massenarbeitslosigkeit zog die Presse immer öfter Parallelen zur Weltwirtschaftskrise 1929 in Deutschland. So schrieb beispielsweise die Wirtschaftswoche am 22. März 1991: „Demnächst ist es wieder soweit.“⁴

Damit setzte frühzeitig ein Deutungskampf über die Ursachen der Deindustrialisierung in den ostdeutschen Bundesländern und die Rolle der Treuhandanstalt ein, der in den 1990er und 2000er Jahren immer wieder neu aufflackerte und angesichts der Landtagswahlen 2019 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen auf einen neuen

Höhepunkt zusteuerte. Das öffentliche Urteil über die Treuhandanstalt ist in Deutschland nach wie vor nahezu einhellig negativ: So wurde die Behörde als „Symbol der Zerschlagung“⁵ und als „Traumatisierungsanstalt“⁶ bezeichnet. Kritiker haben die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt sogar als „Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln“⁷ beschrieben. Die Privatisierungsbehörde wurde deshalb zu Recht als „erinnerungskulturelle ‚Bad Bank‘ des Ostens“⁸ bezeichnet. Da sich die Privatisierung der volkseigenen Betriebe und ihre Folgen tief ins kollektive Gedächtnis der ostdeutschen Bevölkerung eingebrannt haben, steht die erfahrungsgeschichtliche Dimension auch im Zentrum der öffentlich geführten Debatte über die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft.⁹

Die Treuhandanstalt stellte für die Marktwirtschaft westdeutscher Prägung ein ordnungspolitisches Novum dar, für das es kein Vorbild gab. In der öffentlichen Debatte tauchten Anfang der 1990er Jahre rasch schillernde Begriffe auf, mit denen die Funktion und Aufgabe dieser einzigartigen Behörde auf den Punkt gebracht werden sollten. So war etwa von einem „Staat im Staate“¹⁰ die Rede. Altbundeskanzler Helmut Schmidt wiederum sah in der Anstalt eine „überaus mächtige, mit großen Kompetenzen und Finanzmitteln ausgestattete Nebenregierung“.¹¹ Journalisten und Publizisten veröffentlichten zeitgleich zahlreiche Bücher, bei denen sich das Negativurteil schon im Titel niederschlug: „Kolonie im eigenen Land“¹², „Treuhand-Poker“¹³, „Der Treuhandskandal“¹⁴, „Die Treuhand und die zweite Enteignung“.¹⁵ Somit überwogen auch bei westdeutschen Akteuren schnell die negativen Deutungen, die Bestandteil des „Überwältigungsnarrativs“ (Andreas Wirsching) sind, das sich in Ost- und Westdeutschland bereits in den 1990er Jahren herausbildete. Noch immer beeinflusst es die gegenwärtigen geschichtspolitischen Debatten stark.

Schon damals begann auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Einführung der Marktwirtschaft in Ostdeutschland und den damit verbundenen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen. Insbesondere Sozialwissenschaftler und Soziologen¹⁶, aber auch Wirtschaftswissenschaftler¹⁷ und Juristen¹⁸ prägten die rasch expandierende Transformationsforschung. Darüber hinaus lieferten Politik- und Verwaltungswissenschaftler wichtige Erkenntnisse über

Funktion und Bedeutung der Treuhandanstalt für das politische System der Berliner Republik.¹⁹ Dagegen entdeckte die Historikerzunft den Untersuchungsgegenstand erst relativ spät – nicht zuletzt wegen der 30-Jahres-Sperrfrist.²⁰

Während die Treuhandanstalt als „negativer Erinnerungsort“ im kollektiven gesamtdeutschen Bewusstsein stets präsent geblieben ist, sind quellenbasierte Erkenntnisse über die vielschichtigen Dimensionen der Transformation in Ostdeutschland nach wie vor selten. Die kürzlich erfolgte Aktenöffnung – nicht nur der Treuhandanstalt – schuf für die historische Analyse der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft eine neue Basis. Auf breiter Quellengrundlage können nun erstmals Fragen zur Treuhandanstalt und zur Privatisierung der volkseigenen Betriebe der ehemaligen DDR empirisch fundiert beantwortet werden. Für die derzeit laufenden und zukünftigen Forschungsarbeiten zur Geschichte der Treuhandanstalt gilt es, neben der erfahrungsgeschichtlichen Perspektive das breite Methodenarsenal der Politik-, Kultur-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu nutzen. Dabei sollte die Treuhandanstalt, die in der öffentlichen Debatte sehr stark isoliert betrachtet wird, in einen größeren Kontext eingebettet werden. Die Behörde und ihre Arbeitsweise sollten also historisiert werden. Dabei geraten verschiedene Ebenen des Transformationsprozesses in den Blick, deren Analyse zum besseren Verständnis der dramatischen Entwicklung in den 1990er Jahren in Ostdeutschland beiträgt. Auf diese Weise können empirisch valide Antworten über den historischen Ort der Treuhandanstalt im vereinten Deutschland geliefert werden.

Angesichts neuer, umfangreicher Quellenbestände hat das Institut für Zeitgeschichte München–Berlin am 31. Januar und 1. Februar 2019 den Workshop „Transformation einer Volkswirtschaft. Neue Perspektiven auf die Geschichte der Treuhandanstalt“ durchgeführt, auf dem laufende beziehungsweise kürzlich abgeschlossene Forschungsprojekte vorgestellt und diskutiert wurden. Die Ergebnisse werden hiermit der Öffentlichkeit präsentiert.²¹ Folgende Leitfragen standen im Mittelpunkt: Welche wirtschaftspolitischen Leitbilder lagen der Privatisierung zugrunde und inwieweit veränderten sich diese unter dem Eindruck der Dynamik des Vereinigungsprozesses? Wie verlief die Privatisierungspraxis und welche

Faktoren waren ausschlaggebend für die Verkaufsverhandlungen? Welche Folgen hatte die Privatisierung für Ost- und Westdeutschland? Wie reagierten etwa die westdeutschen Interessenverbände, die zunächst einmal ihren Einflussbereich auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausweiten konnten und teilweise im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt saßen? Folgte auf die Transformation im Osten die Kotransformation im Westen?²² Welche Erwartungshaltungen gab es nach dem Mauerfall am 9. November 1989 und welche Kommunikationsstrategien verfolgten die einzelnen Akteure? Dazu beleuchtete der Workshop vier Themenkomplexe: die Treuhandanstalt im politischen Kräftefeld der Bundesrepublik (I), Wirtschafts- beziehungsweise Privatisierungskonzepte (II), Privatisierungspraxis am Beispiel einzelner Branchen (III) sowie soziale und mentale Folgen der Privatisierungspolitik (IV).

Die Beiträge des Bandes verdeutlichen *erstens*, dass zahlreiche Akteure an der Privatisierung der ostdeutschen Betriebe in unterschiedlichem Maße beteiligt waren. Die Treuhandanstalt agierte nicht im luftleeren Raum, sondern war abhängig von rechtlichen Vorgaben²³, aber auch von anderen politischen Akteuren. Sie war zudem ein Fremdkörper im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik: Denn die Politik hatte ihr Aufgaben übertragen, mit denen sie massiv in die Kompetenzen der Länder eingriff²⁴ – insbesondere bei der Ausgestaltung der Industrie- und Strukturpolitik. Daher waren Konflikte mit den ostdeutschen Landesregierungen beim strukturellen und personellen Auf- und Ausbau der Behörde unter ihrem Präsidenten Detlev Karsten Rohwedder vorprogrammiert. Mitunter wurden sie auch öffentlich ausgetragen.²⁵ Innerhalb der Bundesregierung reklamierten sowohl der Finanzminister als auch der Wirtschaftsminister die Zuständigkeit für die Treuhandanstalt für sich, wie Andreas Malycha in seinem Beitrag darlegt. Obwohl die strittige Frage mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 3. Oktober 1990 zugunsten des Bundesfinanzministeriums entschieden worden war, plädierte das Bundeswirtschaftsministerium in der Folgezeit für einen Wechsel der Fachaufsicht. Um eine direkte Konfrontation innerhalb der Regierungskoalition zu vermeiden, verzichtete jedoch Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP) im Juli 1991 auf eine nachträgliche Änderung der ministeriellen Zuständigkeiten. Bei

dieser Auseinandersetzung sah Möllemann die Zuständigkeit seines Ressorts für die Industrie-, Struktur- und Regionalpolitik durch die Ausweitung der Aufgaben der Treuhandanstalt unmittelbar bedroht. Da die Treuhandanstalt an der Schnittstelle zwischen Staat und Wirtschaft eine Sonderrolle einnahm, blieb das Verhältnis zwischen der Behörde und der Bundesregierung angespannt. Reibungsverluste waren die Folge: Den Vorstoß der Nachfolgerin Rohwedders, Birgit Breuel (CDU), im Mai 1991, im Finanzministerium eine „Clearing-Stelle“ zur Verbesserung der Kommunikation zu schaffen, wies Minister Theo Waigel (CSU) mit dem Argument zurück, eine solche Einrichtung entspreche nicht dem Ressortprinzip.

Die Privatisierung der ostdeutschen Betriebe war nicht die Stunde der Wirtschaftsweisen, sondern der Unternehmensberater. Zahlreiche Ökonomen sahen sich angesichts des zur Jahreswende von 1990 auf 1991 immer deutlicher erkennbaren Zusammenbruchs der Wirtschaft in Ostdeutschland offenbar als Gralhüter der reinen Marktlehre und warnten vor einer Dauersubventionierung maroder Betriebe. Als sich die Treuhandanstalt Anfang 1991 bereits mit arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragen beschäftigte, um eine Antwort auf die drohende Massenarbeitslosigkeit zu finden, betrachtete der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium noch immer die rasche Privatisierung als die zentrale Voraussetzung für eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungssituation. Die Tätigkeit der Treuhandanstalt dürfe nicht zu einer „großen Subventionsveranstaltung“²⁶ werden. Rüdiger Pohl, Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre an der Fernuniversität Hagen, warnte wiederum vor falschen Weichenstellungen und riet der Politik, „den Abbau unrentabler Arbeitsplätze nicht unnötig zu verzögern“.²⁷ Unter Ausblendung der Altschulden, die auf den DDR-Betrieben bereits lasteten, glaubte der spätere Präsident des ifo-Instituts Hans-Werner Sinn in der Ausgabe von Anteilsscheinen an die ostdeutsche Bevölkerung den Schlüssel zum Erfolg gefunden zu haben: „Die ostdeutsche Wirtschaft könnte schneller wachsen, und die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West ließe sich früher verwirklichen.“²⁸ Und der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, Horst Siebert, gleichzeitig Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,

beschwor das Mantra der westdeutschen Währungsreform von 1948 als Startschuss für das sogenannte Wirtschaftswunder²⁹ und sprach sich in Anlehnung an Joseph Schumpeter für „Anpassungsprozesse der schöpferischen Zerstörung für die alten Betriebe“³⁰ als Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Neuanfang aus.

Marcus Böick betont in seinem Beitrag die Rolle nichtstaatlicher Akteure bei der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft. Unmittelbar nach dem Mauerfall kamen westdeutsche Wirtschaftsberater in die noch bestehende DDR, weil ihre betriebswirtschaftliche Expertise dort in zunehmendem Maße nachgefragt wurde. Gleichzeitig profitierten die westlichen Beratungsfirmen vom neoliberalen Zeitgeist, der Anfang der 1980er Jahre auch in die Bonner Republik eingezogen war. Das bevorstehende Ende des Staatssozialismus in der DDR, aber auch in Osteuropa bot den international agierenden Unternehmensberatungen die Chance, sich ein neues riesiges Betätigungsfeld zu erschließen. Die Berater waren somit „Transfereliten“, die unter den radikal veränderten Rahmenbedingungen das entstandene wirtschaftspolitische Vakuum mit ihren Konzepten und Ideen besetzten. Außerdem steigerte das Engagement der Berater in Ostdeutschland, deren Gesamtzahl 1991 und 1992 im niedrigen vierstelligen Bereich lag, die Bedeutung der Beratungsbranche im vereinten Deutschland langfristig erheblich.

Der Mauerfall am 9. November 1989 läutete das Ende der SED-Herrschaft ein. Damit erodierte auch die DDR-Staatlichkeit, wie sich schon wenige Wochen danach bei der Einrichtung der Runden Tische auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene offen zeigte. Das Ende der zentralen Wirtschaftsverwaltung folgte nur kurze Zeit später: Am 18. Januar 1990 wurde aus der Staatlichen Plankommission das Wirtschaftskomitee.³¹ Es wurde nach der freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 formell aufgelöst und teilweise in das noch in der kurzen Regierungszeit von Ministerpräsident Hans Modrow gebildete Ministerium für Wirtschaft überführt. Die neuen Institutionen hatten jedoch nur eine kurze Halbwertszeit und entfalteten keine Durchschlagskraft. Die letzte SED-Regierung unter Hans Modrow hatte kaum noch Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR.³² In dieses Vakuum stießen nicht nur westdeutsche Wirtschaftsberater, sondern auch westdeutsche Interessenverbände.

Jann Müller untersucht in seinem Beitrag die Rolle der Wirtschaftsverbände in Ostdeutschland. Während sich erste Industrie- und Handelskammern auf Initiative ostdeutscher Kleinunternehmer bereits Anfang 1990 bildeten, erfolgte die Gründung von Arbeitgeberverbänden erst später von oben, teilweise in Form einer „Ostausdehnung bestehender westdeutscher Branchenverbände“. Innerhalb kurzer Zeit gelang es zwar, die ostdeutsche Wirtschaft in die bestehenden Organisationsstrukturen zu integrieren. Im Zuge der Wirtschaftskrise in Ostdeutschland gerieten die Unternehmerorganisationen aber unter den Erwartungsdruck ihrer ostdeutschen Mitglieder. Damit tauchten für die Verbandsführungen Probleme auf, deren Ursprünge in die 1980er Jahre zurückreichten und zu denen insbesondere rückläufige Mitgliederzahlen und Klagen über „Verbandsmüdigkeit“ zählten.

Die Beiträge des Bandes unterstreichen *zweitens*, dass weder auf ostdeutscher noch auf westdeutscher Seite ein Masterplan zur Transformation der Wirtschaft in Ostdeutschland vorhanden war. Der Mauerfall und das Ende des SED-Regimes lösten vielmehr eine in der DDR erstmals öffentlich geführte Debatte über unterschiedliche Ordnungsmodelle aus. Das galt auch für die Sphäre der Wirtschaft. Dabei zeigten sich jedoch unauflösbare Widersprüche: Das Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens – kurz Treuhandgesetz – vom 17. Juni 1990, das die frei gewählte Volkskammer kurz zuvor beschlossen hatte, legte allgemein fest: „Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren.“³³ Die Einnahmen der Treuhandanstalt sollten vorrangig für die Strukturanpassung der Unternehmen verwendet werden.³⁴ Nach einer Bestandsaufnahme sei „nach Möglichkeit vorgesehen, dass den Sparern zu einem späteren Zeitpunkt [...] ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen eingeräumt werden kann“.³⁵ Die Gründungsurkunde der Treuhandanstalt beinhaltete somit ein Spannungsverhältnis zwischen Privatisierung einerseits und Ausgabe von Anteilsscheinen an die ostdeutsche Bevölkerung andererseits, das bis heute die öffentliche Debatte über vermeintliche Alternativen zum Privatisierungskurs der Treuhandanstalt immer wieder aufs Neue befeuert.

Auch auf westdeutscher Seite bestand keine einheitliche Meinung darüber, wie der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft zu

bewerkstelligen sei. Dabei hatte es zwar in den 1950er und 1960er Jahren einzelne Denkschriften zu diesem Thema gegeben, die aber rasch in den Schubladen verschwunden waren.³⁶ Ob die Auflösung des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung 1975 dazu führte, dass die Bundesrepublik auf die Herausforderung der Vereinigung 1989/90 nicht vorbereitet war, darf angesichts der Tatsache, dass es in Westdeutschland durchaus noch andere kritische Wirtschaftsexpertisen gab, bezweifelt werden.³⁷ Fest steht, dass die Bundesregierung bei der Formulierung ihrer wirtschaftspolitischen Leitbilder offiziell an den Mythos von Ludwig Erhard anzuknüpfen versuchte. Insbesondere im Bundeskanzleramt diente die Rolle des ersten Bundeswirtschaftsministers bei der Währungsreform 1948 immer wieder als Referenzgröße.³⁸ Dagegen dürfte die Arbeit der Beamten im Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium sehr viel stärker von der langjährigen Beschäftigung mit dem industriellen Bundesvermögen (VEBA, VIAG, Volkswagen) geprägt gewesen sein.³⁹ Daher muss bei der Untersuchung der wirtschaftspolitischen Leitbilder, die der Privatisierung in Ostdeutschland zugrunde lagen, zwischen verschiedenen Akteuren und Ebenen unterschieden werden.

Die wirtschaftspolitischen Leitbilder in Westdeutschland müssen auch vor dem Hintergrund der Debatten der 1980er Jahre in der Bonner Republik gesehen werden. Die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) hatte von Anfang an als eines ihrer zentralen Ziele formuliert, die Wirtschaft zu modernisieren und damit deren Leistungsfähigkeit zu steigern. Der rhetorisch oft proklamierten Trias – Entfesselung der Marktkräfte, Rückzug des Staates und Förderung der „Leistungskraft“ – sah sich die schwarz-gelbe Bundesregierung als wirtschaftspolitisches Leitbild verpflichtet. Deregulierung, Entstaatlichung⁴⁰, Privatisierung beziehungsweise Vermarktlichung⁴¹ (als Delegation vormals öffentlicher Aufgaben und Güter an Märkte) standen weit oben auf der politischen Agenda. Gleichzeitig setzte sich Kohl im CDU-Bundesvorstand ganz dezidiert vom neoliberalen Wirtschaftskurs Ronald Reagans und Margaret Thatchers ab.⁴² Der Ruf nach einem Rückzug des Staates hatte im Übrigen auch langfristige Folgen für das westdeutsche System sozialer Sicherheit: So wurden private

Arbeitsvermittler zugelassen, die private Eigenvorsorge gestärkt sowie die Schutzbestimmungen des Arbeitsrechts gelockert.⁴³ Außerdem sollten durch Einschnitte im sozialen Netz die Staatsfinanzen wieder in Ordnung gebracht und die Arbeitskosten gesenkt werden. Im Einzelfall gestalteten sich die entsprechenden Vorhaben jedoch äußerst schwierig, wie etwa die Reform des Ladenschlussgesetzes zeigt.⁴⁴

Die Privatisierung der ostdeutschen Betriebe durch die Treuhandanstalt muss schließlich auch im Kontext des weltweiten Strukturwandels gesehen werden, der sich Anfang der 1970er Jahre verstärkte⁴⁵, Anfang der 1990er Jahre nochmals beschleunigte und auch den Verkauf der volkseigenen Betriebe in Ostdeutschland beeinflusste. Dabei zeichneten sich vor allem die Grenzen nationaler Wirtschaftspolitik immer mehr ab. So wurden der ost- und der westdeutsche Außenhandel von einer zunehmenden Europäisierung und Globalisierung geprägt.⁴⁶ Die Europäische Gemeinschaft beziehungsweise ab 1993 die Europäische Union nahm insofern eine bedeutende Rolle ein, als sie etwa bei der Festlegung von Absatzkontingenten oder von Subventionszahlungen ein gewichtiges Wort mitredete und die Rolle eines Vetospielers einnehmen konnte. Das wiederum wirkte sich auf die Privatisierung von Stahlindustrie und Werft-, aber auch der Chemischen Industrie in Ostdeutschland aus.⁴⁷ Kurzum: Die ostdeutschen Betriebe mussten innerhalb kürzester Zeit durch Privatisierung für den Weltmarkt wettbewerbsfähig gemacht werden.

Doch zunächst stand auf westdeutscher Seite Anfang 1990 nur eine Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten im Vordergrund der Überlegungen, wie Katja Fuder in ihrem Beitrag betont. Erst kurz vor der Verabschiedung des Vertrags über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion rückte die Frage zur Zukunft des volkseigenen Vermögens in der DDR in den Mittelpunkt. Dabei spielte die Rentabilität der ostdeutschen Betriebe rasch eine zentrale Rolle. Erste Untersuchungen, die noch von der Regierung Lothar de Maizière (CDU) in Auftrag gegeben worden waren, lieferten ernüchternde Ergebnisse: Nach Auswertung von 2600 Betrieben lag die Rate der als konkursgefährdet eingestufteten Betriebe im Juni 1990 bei 39 Prozent.⁴⁸ Da das Bundeswirtschaftsministerium auf dieser

Grundlage – so Fuder – mit steigenden Verlustzahlen rechnet, wurde eine „zügige Privatisierung zur Erzielung schnell verfügbarer Erlöse für umso dringlicher gehalten“. Die Altschuldenproblematik schien daher eine möglichst rasche Privatisierung der volkseigenen Betriebe zu erfordern. Nur so glaubte man in Bonn, die Verluste der Betriebe auffangen zu können, die von einem Konkurs unmittelbar bedroht waren. Die Grundannahmen der Bundesregierung waren jedoch illusorisch, denn die Lücke zwischen erwarteten Privatisierungserlösen und tatsächlichem Mittelbedarf wurde unterschätzt. Nach der Währungsumstellung betrug die Summe sämtlicher Altschulden etwa 120 Milliarden DM, mehr als ein Vierfaches der offiziellen DDR-Schulden. Unter diesen Umständen war an eine Vermögensverteilung an die DDR-Bevölkerung nicht mehr zu denken, zumal die Bundesregierung einen generellen Schuldenschnitt ablehnte.

Max Trecker diskutiert Alternativen zur Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt. Im Mittelpunkt seines Beitrags steht die Mittelstandspolitik. Bundesregierung und Treuhandanstalt ließen sich 1990 von einem „Propagandamythos“ der SED täuschen: Obwohl in der DDR mit der Verstaatlichungskampagne von 1972 große Teile des verbliebenen Mittelstands endgültig verschwunden waren, gab es 1990 keine Stunde Null. Trecker sieht sowohl personelle als auch ökonomische Kontinuitäten: Zum einen wurde ein Großteil der ehemaligen Eigentümer nach der Verstaatlichung von 1972 als Geschäftsführer eingesetzt. Zum anderen gab es auch weiterhin Handwerksbetriebe in privater Hand, die im SED-Konsumsozialismus der 1980er Jahre aufgewertet wurden. Diese „Privatunternehmen“ spielten jedoch 1990 bei den Privatisierungsplänen der Bundesregierung und der Treuhandanstalt keine große Rolle. Der Fokus der Mittelstandspolitik lag vielmehr auf den 1972 verstaatlichten Betrieben; deren Restitution zog sich aufgrund der komplizierten Eigentumsfrage über mehrere Jahre hin und habe sich als schwere Hypothek auf dem Weg zur Revitalisierung des industriellen Mittelstands in Ostdeutschland erwiesen. In diesen Fällen hätte möglicherweise eine schnelle Privatisierung die größten Überlebenschancen für die Betriebe geboten.

Die Beiträge des Bandes zeigen *drittens*, dass die Privatisierung bei den einzelnen Betrieben höchst unterschiedlich verlief, von

mehreren Faktoren abhing und sich bis Ende der 1990er Jahre erstrecken konnte. Dabei nahm die Treuhandanstalt mitunter die Rolle einer Vermittlungsinstanz ein, auf deren Entscheidungen Unternehmen und potenzielle Käufer Einfluss zu nehmen suchten. In der Frühphase litten die Entscheidungspraktiken der Behörde unter einem Mangel an Zeit und fachlicher Expertise. Außerdem musste die Treuhandzentrale auf die öffentliche Meinung reagieren. Bei zukünftigen Forschungen wird es darum gehen, verschiedene Idealtypen herauszuarbeiten: Dabei müssten beispielsweise die Betriebsgröße, der Zeitpunkt der Privatisierung, die Markt- und Ertragslage und das Produktsortiment des Unternehmens, die potenziellen Kaufinteressenten, aber auch der politische Handlungsrahmen vor Ort Berücksichtigung finden. Für den vorliegenden Band wurden – auch aufgrund der guten Quellenüberlieferung – nur größere Unternehmen ausgesucht, die weitgehend im Zuständigkeitsbereich der Treuhandzentrale in Berlin lagen und deshalb nur einen Teil der Privatisierungsfälle abdecken. Es bleibt ein Desiderat der Forschung, die Privatisierungspolitik der 15 Treuhandniederlassungen systematisch zu untersuchen, die grundsätzlich für die Betriebe mit bis zu 1500 Beschäftigten zuständig waren.⁴⁹

Eva Schäffler untersucht in ihrem Beitrag die Übernahme des Pressenbauers Umformtechnik Erfurt (UTE) durch den tschechischen Großkonzern Škoda Plzeň – einen der wenigen Fälle, in denen ein ausländischer Investor den Zuschlag erhielt. Die Privatisierung der UTE, die Anfang der 1990er Jahre mit erheblichen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen hatte, erwies sich demnach als ein langwieriger Prozess, bei dem mehrere Kaufinteressenten eine Rolle spielten. Zunächst versuchte die Treuhandanstalt, Investoren aus dem Ausland zu gewinnen. Nachdem die ersten Gespräche ergebnislos abgebrochen werden mussten, kristallisierte sich Škoda Anfang 1994 als einzig verbliebener Investor heraus. Ein erster Übernahmevertrag wurde bereits wenige Wochen später abgeschlossen, obwohl die Finanzierungszusagen der beteiligten Banken aufgrund der unalkulierbaren Risiken noch nicht vorlagen. Die Verhandlungen über das Finanzierungskonzept gefährdeten den Vertragsabschluss und setzten die Treuhandanstalt unter Zugzwang, denn diese wollte die Privatisierung bis Ende 1994 abschließen. Da Škoda jedoch die

vertraglichen Zusagen nicht einhalten konnte und in der Folgezeit selber in eine wirtschaftliche Schieflage geriet, wurde die Privatisierung in der Öffentlichkeit als Misserfolg gewertet. Erst durch die Übernahme der UTE durch einen westdeutschen beziehungsweise österreichischen Kaufinteressenten in den 2000er Jahren konnte schließlich die Zukunft des Unternehmens gesichert werden.

Bei der Privatisierung der ostdeutschen Pharmaindustrie unterscheidet Rainer Karlsch in seinem Beitrag zwei Phasen: Bis zum Frühjahr 1991 setzte die Treuhandanstalt auf den schnellstmöglichen Verkauf an große westdeutsche Unternehmen, da die Behörde noch nicht über die Strukturen und das Personal verfügte, um wettbewerbskonforme Ausschreibungen zu gewährleisten. Dabei war weniger der Verkaufserlös ausschlaggebend als vielmehr die rasche Integration der ostdeutschen Standorte in die Strukturen der westdeutschen Unternehmen. Ab Sommer 1991 gelang es dann der Treuhandanstalt, die Ausschreibungs- und Verkaufspraxis zu professionalisieren. Insgesamt wurden in keinem anderen Bereich der Chemiebranche ähnlich hohe Erlöse erzielt wie im Pharmabereich. Der Zeitpunkt der Privatisierung war mitentscheidend für den langfristigen Erfolg: Während es in der Frühphase zur Abwicklung der Pharma Neubrandenburg GmbH kam, was in erster Linie aber auch mit den hohen Entschuldungs- und Modernisierungskosten zusammenhing, wertet Karlsch den Verkauf der drei großen ostdeutschen Pharmahersteller als Erfolg der Treuhandanstalt.

Am Beispiel der beiden Carl-Zeiss-Stiftungen und -Unternehmen in Oberkochen beziehungsweise Heidenheim und Jena unterstreicht André Steiner in diesem Band die Bedeutung von gewachsenen Unternehmens- und Markenkernen im Privatisierungsprozess. Bei Carl Zeiss Jena handelte es sich zudem um ein Vorzeigeunternehmen der ostdeutschen Wirtschaft mit nationaler und internationaler Strahlkraft, das schon aus Prestige Gründen nicht untergehen durfte. Die Gespräche über die Vereinigung der beiden Stiftungen wurden zunächst dadurch erschwert, dass einerseits die Rechtspositionen beider Seiten zu wahren waren, andererseits ein Weg zur Schaffung einer Stiftung gefunden werden musste. Insbesondere die bestehende Rechtsunsicherheit über die Namens- und Warenzeichenrechte, die auch schon vor 1989 und 1990 nicht

hatte beseitigt werden können, erhöhte letztlich den Druck, sodass eine Einigung zwischen den Unternehmen beziehungsweise Stiftungen, den beiden Sitzländern Thüringen und Baden-Württemberg und der Treuhandanstalt zustande kam. Steiner wertet die Vereinigung der beiden Stiftungen als Erfolg und bescheinigt der Treuhandanstalt, eine konstruktive Rolle gespielt zu haben. Der damit verbundene Verlust von Arbeitsplätzen beim „überdimensionierten Zeiss-Kombinat“ war in erster Linie Folge und Teil des weltweiten Strukturwandels.

Bei der Privatisierung der Stahlwerke Hennigsdorf und Brandenburg stieß die Entscheidung der Treuhandanstalt auf Kritik der unterlegenen inländischen Bewerber und der Öffentlichkeit, denn der Zuschlag ging an die italienische Riva-Gruppe, wie Wolf-Rüdiger Knoll in seinem Beitrag darlegt. Vertreter der westdeutschen Stahlriesen solidarisierten sich mit der ostdeutschen Belegschaft, um Druck auf die Entscheidung der Treuhandanstalt auszuüben. Die Gewerkschaften und die brandenburgische Landesregierung beschuldigten die Behörde zeitweise sogar, ihr Votum für einen ausländischen Investor über das Wohl der Stahlwerker zu stellen. Knoll gelangt zu dem Schluss, dass sich die Treuhandanstalt bei ihrer Entscheidung aber nicht nur an den eingereichten Angeboten und den darin fixierten Arbeitsplatz- und Investitionszusagen orientierte. Die Behörde wollte offenbar auch dem Vorwurf begegnen, es gebe bei der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft keine Chancengleichheit zwischen in- und ausländischen Anbietern. Bundesregierung und Treuhandanstalt wollten die Entscheidung für die Riva-Gruppe demzufolge als Signal an europäische Investoren verstanden wissen. Schließlich misstrauete die Treuhandanstalt den westdeutschen Stahlunternehmen, die sich etwa bei der Übernahme des Kaltwalzwerkes in Oranienburg nicht an die Vertragsbestimmungen gehalten hatten. Doch auch die Treuhandanstalt musste sich Kritik gefallen lassen, da sie die Verkaufsgespräche durch die nachträgliche Präzisierung der Ausschreibungskriterien unnötig belastete.

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive beschäftigt sich Gerhard Heimpold in seinem Beitrag mit dem Konzept der sogenannten industriellen Kerne. Es wurde zwar erst 1992 offizieller Bestandteil der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in Ostdeutschland, seine

Ursprünge reichten aber bis zum Kanzlerversprechen für den Erhalt des Chemiestandortes im Frühjahr 1991 zurück. Da sich die konjunkturelle Lage und das Investitionsklima in Ostdeutschland zum Jahreswechsel von 1990 auf 1991 zunehmend verschlechtert hatten, fiel in Bonn die politische Entscheidung, größere Betriebe, die als sanierungsfähig galten und die über eine regionale Leuchtturmfunktion verfügten, vor einer Privatisierung umfassend zu sanieren. Anhand von fünf Fallbeispielen skizziert Heimpold die langfristige Umstrukturierung und teilweise langwierige Privatisierung von ehemaligen volkseigenen Betrieben, die als industrielle „Kristallisationszentren“ identifiziert worden waren. Auch wenn die für die Analyse ausgesuchten Betriebe erhalten werden konnten, gab es einen massiven Arbeitskräfteabbau. Die Sanierung und Privatisierung waren „ohne umfangreiche finanzielle Mittel der öffentlichen Hand“ nicht möglich. Angesichts des derzeitigen globalen Strukturwandels (Digitalisierung) stehen auch die ostdeutschen Industriebetriebe aktuell vor den nächsten großen Herausforderungen.

Die Beiträge des Bandes befassen sich *viertens* mit den sozialen und mentalen Folgen des Transformationsprozesses in Ostdeutschland. Erste Proteste, die in den DDR-Betrieben bereits vor dem Mauerfall begannen und anfangs mit der Kritik an den Mängeln der Planwirtschaft und mit dem zunehmenden Autoritätsverfall der Betriebsleiter zusammenhingen, weiteten sich rasch aus und schlossen schon bald wirtschaftliche Zukunftsängste mit ein. Zwischen August 1989 und April 1990 registrierte die vom DDR-Innenministerium geführte Statistik insgesamt 206 Streiks und 12 Betriebsbesetzungen.⁵⁰ Am Beispiel des Automobilwerks Eisenach untersucht Jessica Elsner in diesem Band den Wandel der betrieblichen Arbeitswelt zwischen 1989 und 1991. Kurz nach dem Mauerfall sprach die Belegschaft in Diskussionsforen Missstände im Betrieb offen an und forderte konkrete Verbesserungen. Dabei ging es auch um die bisherige Praxis der Vergabe von Ferienplätzen und Kuren, aber auch um die Pkw-Verteilung. Die Aufbruchstimmung verflog jedoch schnell, als die Betriebsleitung auf einer großen Betriebsversammlung am 4. Juli 1990 Pläne zum Stellenabbau präsentierte. Die Entlassungen betrafen zunächst die ausländischen und älteren Beschäftigten sowie Frauen. Nachdem die Treuhandanstalt die Abwicklung

des Automobilwerks Eisenach aufgrund schlechter Bilanzzahlen angekündigt hatte, kam es zum Massenprotest: Anfang 1991 blockierten rund 1000 Fahrzeuge öffentlichkeitswirksam die Autobahn A 4 bei Eisenach. Nach Einschätzung Elsners konnte das Ende der Produktion zumindest um einige Wochen hinausgeschoben werden. Obwohl die Liquidation des Unternehmens eingeleitet worden war, profitierten viele Beschäftigte langfristig von der Ansiedlung neuer Firmen.

Auf den Strukturwandel, der nahezu parallel zum Privatisierungsprozess stattfand und der mit Massenarbeitslosigkeit verbunden war, reagierte der westdeutsche Wohlfahrtsstaat mit dem ihm zur Verfügung stehenden arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Instrumentarium.⁵¹ Die damit verbundenen Transferzahlungen von West nach Ost werden insgesamt auf ca. 2 Billionen Euro geschätzt.⁵² Das alles konnte aber nicht verhindern, dass sich vor allem in ländlichen Regionen frühzeitig das Gefühl ausbreitete, nicht vom „Aufschwung Ost“ zu profitieren. Anfang 1991 setzte sich in der Presse immer mehr das Narrativ von den abgehängten Regionen in Ostdeutschland durch, die offenbar Parallelen zum verarmten Süden Italiens aufwiesen, wie Dierk Hoffmann in seinem Beitrag erläutert. Auf dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt setzten allerdings die Strukturveränderungen schon vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ein; vom Arbeitsplatzverlust waren als Erste Frauen, ältere Berufstätige und Ausländer unmittelbar betroffen. Auf die sozioökonomische Transformation reagierte die sächsische Landesregierung unter anderem mit einer Imagepolitik, die drei Ziele verfolgte: Erstens ging es Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) darum, in der Bevölkerung Vertrauen zu gewinnen. Deshalb grenzte er sich von der Treuhandanstalt öffentlich ab und verlangte, an der Privatisierung sächsischer Betriebe beteiligt zu werden. Zweitens sollte die Stellung Sachsens gegenüber dem Bund gestärkt werden, um eine gute Ausgangsposition für die bevorstehende Auseinandersetzung über die Lastenverteilung der deutschen Einheit zu erzielen. Drittens verband Biedenkopf damit einen alternativen Privatisierungskurs, denn er versuchte, finanzstarke in- und ausländische Investoren für die Sanierung sächsischer Treuhandbetriebe zu gewinnen.

Als die Privatisierung der volkseigenen Betriebe Mitte der 1990er Jahre weitgehend abgeschlossen war, sah die Schlussbilanz in den ostdeutschen Bundesländern niederschmetternd aus: Von den ca. 12 000 Treuhandunternehmen waren rund 30 Prozent liquidiert worden; von den ursprünglich vier Millionen Industriearbeitsplätzen blieb nur etwas mehr als ein Drittel übrig. Die kollektive Erfahrung von Massenarbeitslosigkeit schuf nicht nur neue soziale Ungleichheiten, sondern prägte auch die politischen und mentalen Einstellungen vieler Menschen in den ostdeutschen Bundesländern nachhaltig. Mit den Betriebsschließungen gingen nicht nur sicher geglaubte Arbeitsplätze verloren. Es verschwand auch die betriebszentrierte „sozialistische Arbeitswelt“, die für die Bevölkerung bis zum Mauerfall 1989 eine Rundumversorgung von den Kitas und Ferienheimen bis hin zu Feierabendheimen und Kulturhäusern bereitgehalten hatte. Deshalb war der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft für viele Ostdeutsche mit kumulativen Verlust-erfahrungen verbunden.

Abschließend gilt es zunächst einmal, allen Autoren für ihre Beiträge zu danken. Wichtige Anregungen lieferten während des Workshops die Kommentatoren Prof. Dr. Thomas Großbölting, Prof. Dr. Dagmara Jajeśniak-Quast, Prof. Dr. Hélène Miard-Delacroix, PD Dr. Michael C. Schneider und Prof. Dr. Wolfgang Seibel. Die Finanzierung des Workshops und der Drucklegung übernahm das Institut für Zeitgeschichte München–Berlin. Dafür ist dem Direktor, Herrn Prof. Dr. Andreas Wirsching, und der Verwaltungsleiterin, Frau Christine Ginzkey, ganz herzlich zu danken. Die Drucklegung betreute in gewohnt zuverlässiger Weise Herr Dr. Sebastian Voigt. Bei der Fertigstellung des Manuskriptes waren Frau Dr. Beata Lakeberg, Herr Paul Sprute und Frau Lilli Helmbold behilflich. Gedankt sei der gesamten ZiG-Redaktion, neben Dr. Sebastian Voigt auch Prof. Dr. Michael Schwartz und PD Dr. Bernhard Gotto, dem zuständigen Lektor im IfZ, Herrn Günther Opitz M. A., und dem Metropol Verlag. Alle Genannten haben zum raschen Erscheinen dieses Bandes beigetragen.

Anmerkungen

- 1 Zitate in: Für die nächsten Jahre ein Prügelknabe der Nation, in: Nürnberger Nachrichten, 18. 2. 1991.
- 2 Vgl. Ein „Tornado der Kritik“ fegt über die Treuhand, in: Süddeutsche Zeitung, 2. 3. 1991.
- 3 Eine faire Chance wird nicht gewährt, in: taz, die tageszeitung, 28. 2. 1991.
- 4 Rabatten hacken, in: Wirtschaftswoche, 22. 3. 1991.
- 5 Symbol der Zerschlagung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. 5. 2018.
- 6 Traumatisierungsanstalt Treuhand, in: taz, 30. 11. 2017.
- 7 Dietmar Bartsch, Die Treuhandwunde heilen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 6. 2019.
- 8 Constantin Goschler/Marcus Böick, Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt (Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie), Bochum 2017, S. 10, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/wahrnehmung-bewertung-der-arbeit-der-treuhandanstalt-lang.html> [26. 3. 2020].
- 9 Vgl. Petra Köpping, Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten, Berlin 2018. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung eröffnete am 20. 8. 2019 in Erfurt eine Wanderausstellung mit 25 Einzelbiografien. Zur Ausstellung erschien auch ein Begleitband. Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale, Juli 2019, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Begleitbuch_Treuhand.pdf [26. 3. 2020].
- 10 Irrwege im Niemandsland, in: Der Spiegel, 4. 3. 1991.
- 11 Helmut Schmidt, Handeln für Deutschland. Wege aus der Krise. Berlin 1993, S. 32.
- 12 Peter Christ/Ralf Neubauer, Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder, Berlin 1991.
- 13 Martin Flug, Treuhand-Poker. Die Mechanismen des Ausverkaufs, Berlin 1992.
- 14 Heinz Suhr, Der Treuhandskandal. Wie Ostdeutschland geschlachtet wurde, Frankfurt a. M. 1991.
- 15 Rüdiger Liedtke (Hrsg.), Die Treuhand und die zweite Enteignung der Ostdeutschen, München 1993.
- 16 Vgl. hierzu (ohne Anspruch auf Vollständigkeit): Hans Joas/Martin Kohli (Hrsg.), Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt a. M. 1993; Transformationsprozesse. Schriftenreihe der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e. V. (KSPW), 25 Bde., Opladen 1994–1998; Hans Bertram/Raj Kollmorgen (Hrsg.), Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen 2001; Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hrsg.), Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Frankfurt a. M. 2012.

- 17 Vgl. Gerlinde Sinn/Hans-Werner Sinn, Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen 1991.
- 18 Vgl. Michael Kloepfer/Jobst-Friedrich von Unger (Mitarb.), Öffentlich-rechtliche Vorgaben für die Treuhandanstalt, in: Wolfram Fischer/Herbert Hax/Hans Karl Schneider (Hrsg.), Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen, Berlin 1993, S. 41–84; Harm Peter Westermann, Der rechtliche Rahmen und seine Veränderung, in: ebd., S. 85–110.
- 19 Vgl. Wolfgang Seibel, Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000, Frankfurt a. M. 2005.
- 20 Vgl. Marcus Böick, Die Treuhand, Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994, Göttingen 2018.
- 21 Das Institut für Zeitgeschichte München–Berlin führte gemeinsam mit dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg am 7. und 8. 3. 2019 einen weiteren Workshop durch („Transformation als Erfahrungsraum. Transnationale Perspektiven“), dessen Ergebnisse ebenfalls publiziert werden.
- 22 Vgl. Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2016.
- 23 Die einzelnen Rechtsbestimmungen (u. a. Treuhandgesetz, Hemmnisbeseitigungsgesetz, Vermögensrechtsänderungsgesetz, Spaltungsgesetz, Investitionsvorrangsgesetz, D-Markbilanzgesetz, Kreditaufnahmegesetz) sind abgedruckt in: Treuhandanstalt (Hrsg.), Dokumentation 1990–1994, Bd. 1, Berlin 1994.
- 24 Vgl. Seibel, Verwaltete Illusionen, S. 116.
- 25 Vgl. den Beitrag von Dierk Hoffmann in diesem Band.
- 26 Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags (PA), Bestand 3107, Finanzausschuss, 12. Wahlperiode, Drucksache 15, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium vom 16. 2. 1991, S. 7.
- 27 Die Politik sollte den Abbau unrentabler Arbeitsplätze nicht unnötig verzögern, in: Handelsblatt, 25. 1. 1991.
- 28 Verteilen statt verkaufen, in: Wirtschaftswoche, 25. 1. 1991. Das Beteiligungsmodell baute Sinn in seinen Publikationen noch weiter aus. Vgl. Sinn/Sinn, Kaltstart, S. 110–121.
- 29 Aus vollem Rohr, in: Wirtschaftswoche, 22. 3. 1991.
- 30 Aufschwung nur bei klaren Eigentumsrechten, in: Handelsblatt, 6. 3. 1991.
- 31 Vgl. Andreas Malycha, Die Staatliche Plankommission (SPK) und ihre Vorläufer 1945 bis 1990, in: Dierk Hoffmann (Hrsg.), Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis, Berlin 2016, S. 17–132, hier S. 129–131.
- 32 Vgl. André Steiner, Die DDR-Volkswirtschaft am Ende, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 113–129, hier S. 119.
- 33 Gesetzblatt der DDR 1990, Teil I, Nr. 33, S. 300–303, hier S. 300 (§ 1, Abs. 1).
- 34 Ebd., S. 301 (§ 5, Abs. 1).

- 35 Ebd. (§ 5, Abs. 2).
- 36 Vgl. Böick, *Die Treuhand*, S. 105–115.
- 37 So Roland Wöllner, *Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands 1952–1975. Zur politischen und wissenschaftlichen Diskussion der wirtschaftlichen Wiedervereinigung*, Düsseldorf 2004, S. 295.
- 38 Vgl. Vorlage des Regierungsdirektors Mertes an Bundeskanzler Kohl am 2. 2. 1990, in: Hanns Jürgen Küsters/Daniel Hofmann (Bearb.), *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, München 1998, S. 749 f.; Vermerk des Regierungsdirektors Nehring vom 6. 2. 1990, in: ebd., S. 761.
- 39 Vgl. Katja Fuder, *Der Staat als Unternehmer. Das industrielle Bundesvermögen seit 1945*, in: Frank Schorkopf u. a. (Hrsg.), *Gestaltung der Freiheit. Regulierung von Wirtschaft zwischen historischer Prägung und Normierung*, Tübingen 2013, S. 175–196.
- 40 Vgl. Thomas Handschuhmacher, *Eine „neoliberale“ Verheißung. Das politische Projekt der „Entstaatlichung“ in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre*, in: Frank Bösch/Thomas Hertfelder/Gabriele Metzler (Hrsg.), *Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2018, S. 149–176.
- 41 Vgl. dazu: Ralf Ahrens, *Macht und Märkte. Vermarktlichung als historische Forschungsperspektive*, in: Rüdiger Graf (Hrsg.), *Ökonomisierung. Debatten und Praktiken in der Zeitgeschichte*, Göttingen 2019, S. 73–93.
- 42 Vgl. *Berichte zur Lage*, 13./14. Oktober 1985, in: Helmut Kohl, *Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands*, bearb. von Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2014, S. 341–364, hier S. 343; *Berichte zur Lage*, 26./27. Januar 1986, in: ebd., S. 378–398, hier S. 383; *Berichte zur Lage*, 3./4. September 1992, in: Helmut Kohl, *Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands*, bearb. von Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2012, S. 381–387, hier S. 381.
- 43 Ausführlicher dazu: Hans Günter Hockerts, *Vom Wohlfahrtsstaat zum Wohlfahrtsmarkt? Privatisierungstendenzen im deutschen Sozialstaat*, in: Norbert Frei/Dietmar Süß (Hrsg.), *Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren*, Göttingen 2012, S. 70–87.
- 44 Vgl. Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München 2006, S. 255.
- 45 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016; Werner Plumpe/André Steiner (Hrsg.), *Der Mythos von der postindustriellen Welt. Wirtschaftlicher Strukturwandel in Deutschland 1960–1990*, Göttingen 2016; Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019.
- 46 Vgl. Thomas W. Zeiler, *Offene Türen der Weltwirtschaft*, in: Akira Iriye (Hrsg.), *1945 bis heute. Die globalisierte Welt*, München 2013, S. 183–356, hier S. 318–346.

- 47 Vgl. dazu den Beitrag von Gerhard Heimpold im vorliegenden Band sowie die Branchenstudien von Rainer Karlsch, Wolf-Rüdiger Knoll und Eva Lütkemeyer im Rahmen des Projekts „Geschichte der Treuhandanstalt 1989/90–1994“ am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin, <https://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/geschichte-der-treuhandanstalt/> [26.3.2020].
- 48 Vgl. Marc Kemmler, *Die Entstehung der Treuhandanstalt. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Volkseigentums*, Frankfurt a. M. 1994, S. 133.
- 49 Diese Zahl orientierte sich offenbar am Mitbestimmungsgesetz von 1976. Vgl. *Karriere in Deutschland*, in: *Die Presse*, 15.3.1991.
- 50 Vgl. Bernd Gehrke, *Die „Wende“-Streiks. Eine erste Skizze*, in: Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hrsg.), *Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannteste Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente*, Berlin 2001, S. 247–270, hier S. 247.
- 51 Ausführlicher dazu: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 11: Bundesrepublik Deutschland 1989–1994. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung*, Baden-Baden 2007.
- 52 Vgl. Andreas Rödder, *21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart*, München 2015, S. 210.